

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Februar 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Bergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 21

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Volkswirtschaft: Gegen ein Anzeigenmonopol.
Gewerkschaftsrevue: Annäherungstendenzen auf dem französischen Gewerkschaftskongress. — Die französischen Munitionsarbeiterstreiks.
Aus dem Genossenschaftsleben: Die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Land.
Korrespondenzen: Burg b. M. — Dresden. Essen (M.-S.). — Leipzig. — Regensburg.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Noch ein plektischer Akt von einem selbigen Kollegen für einen selbigen Kollegen. — Nachahmenswerte Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens. — Ein Prophet, der einmal recht besah. — Ein Gehrling schwer verunglückt. — Taugliche Seifenerschmittelfür Druckerinnen. — Bevorzugte Stellung von Eisenbahnwagen für die Beförderung von Zeitungspapier und Kohlen. — Professor Karl Bücher 70 Jahre. — Ehrengabe für einen Arbeiterführer. — Tarifverhandlungen mit günstigem Ausgang im Schneidergewerbe.

die Inserateinnahme ermöglichte wohlfeile Bezug der Zeitung brachte dem kleinen Manne je nach seiner Wahl die ihm zugrunde liegende geistige Kost; er war gleichzeitig täglich orientiert und als Arbeitnehmer interessiert über Angebot und Nachfrage auf dem Jahrmarkte des Lebens. Eine anzeigenlose Zeitung muß ein höheres Abonnementgeld erheben (das heutige Bezugsgeld deckt meist nicht einmal die Kosten des ungedruckten Papiers); die Folge würde sein, daß der Leserkreis sich einschränkt, und wir könnten zu Verhältnissen vor 50 und mehr Jahren kommen, die als Signatur eine geistige Verarmung der Bevölkerung trägt. Nach Brauweiler soll das Monopol dem Staate 200 Mill. Mk. bringen, diese also dem Zeitungsgewerbe entzogen werden. Das kann, wenn nicht andere Kräfte eingreifen, eine Herabminderung der Leistungsfähigkeit der Presse bedeuten. In unserer jetzigen Milliardenwirtschaft und im Vergleiche zu den andern Monopollänen, wie für Kohle, Elektrizität, Getreide, Tabak, spielt zudem diese Summe keine so wichtige Rolle. Die Einnahmen aus den amtlichen Anzeigenblättern werden auch recht verschieden sein und an manchen Kreislagen so minimal, daß Regie, Propaganda, Druckkosten und Vertrieb schließlich höher stehen als das gewollte Ergebnis. Für die kleinen Blätter aber ist die Inserateinnahme, die oft erst die Geschäftswelt der näher- oder weiter entfernten Großstadt bringt, der Lebensodem. Ohne diese werden sie nur noch Wackelkesselorgan sein, ohne Saft, ohne Leben und ohne jede intime Verbindung mit der Bevölkerung. Sie werden von der Konkurrenz der besser finanzierten und womöglich subventionierten Großstadtpresse bald ganz und gar erdrückt werden. Es wird sich neben dem kapitalistischen Anzeigenmonopol ein Großstadtzeitungsmonopol entwickeln, das einen fragwürdigen Einfluß auf das öffentliche Leben ausüben und die bisherigen Existenzen schwer bedrohen, für das Druckgewerbe aber geradezu ruinierend wirken würde. Statt eines traglichen finanziellen Erfolges für den Staat würde ein wirtschaftlicher Niedergang in unserm Gewerbe eintreten.

einer solchen vier Tageszeitungen bestehen, die jede einen großen Teil derselben Anzeigen aufgenommen haben, also viermal in Satz und Druck bringen müssen, so würde nach Eintreten des Monopols die Aufnahme der Inserate nur einmal in dem amtlichen Anzeiger zu erscheinen brauchen. Es entgeht somit der Gehilfenschaft ein großes Arbeitsgebiet.

Zur Freiheit der Presse gehört die Freiheit des Wettbewerbs, die mit einem Anzeigenmonopol zugunsten der großen Zeitungen beeinträchtigt würde. Das Projekt kann also weder finanziellen noch ideellen Vorteil bringen. — P.

□ □ □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □ □ □

Gegen ein Anzeigenmonopol.

Das Bestreben, dem nach dem Kriege finanziell schwer belasteten Staate neue Einnahmequellen zuzuführen, hat zu verschiedenen Monopollänen geführt. Jetzt ist auch das Monopol für Zeitungs- und Zeitungsblätter als eine staatsrefrende Idee hinzugekommen, und zwar aus zweierlei Gründen: einmal des großen finanziellen Erfolges und dann des Ideals einer unabhängigen vaterländischen Presse wegen.

Dr. Hans Brauweiler, Chefredakteur des „Mitteldeutschen Tageblatts“, propagiert in diesem Sinne in „Deutsche Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft. Er fordert amtliche Anzeigenblätter, die durch Reichsgesetz das Monopol auf alle gewerblichen Anzeigenblätter (Arbeitsmarkt, Warenmarkt, Wohnungsmarkt, Geldmarkt) erhalten sollen, und ist der Ansicht, daß sich die Verstaatlichung der Monopole als ein Fortschritt zu einem besseren Typ im Rahmen des volkswirtschaftlichen Organismus darstelle, im besonderen dann, wenn ein Zweig des freien Wirtschaftslebens eine soziale Funktion gehabt hat. Es sei daher eine durchaus berechtigte Forderung, daß die Aufgabe von dem öffentlichen Dienst übernommen und der Gewinn aus dem Anzeigen-geschäfte der Allgemeinheit zugeführt werde. Die Gründung solcher amtlicher Anzeigenblätter sei an dem Sitze der unteren Verwaltungsbehörden (Stadt und Kreisvorort) gedacht. Diese erhalten das Monopol auf alle gewerblichen Anzeigen, auch würden sie die amtlichen Bekanntmachungen veröffentlichen. Sie sollen aber keine „Zeitung“ werden. Den Zeitungen soll die Veröffentlichung von Mitteilungen, wie Familien-, persönlichen, Theater- und Konzertanzeigen, Buchanzeigen und Geschäftsberichten, vorbehalten. Das Monopol treffe in erster Linie die Geschäftspresse, die Anzeigenplantagen, und das sei von besonderem Werte. Der Fachpresse will der Verfasser entgegenkommen und die Veröffentlichungen aus ihrem besonderen Gebiet erlauben, wofür sie die Hälfte der Reineinnahmen als Steuer abzuführen hätte. Den Ertrag des Anzeigenmonopols schlägt der Verfasser auf rund 200 Mill. Mk. Vor allem aber sieht dieser Verfasser in der Monopolisierung der Anzeigen das beste Mittel, die deutsche Presse ihren idealen Aufgaben zu erhalten und sie unabhängig zu machen von dem überwuchernden Anzeigengeschäfte, das der Korruption nur zu leicht Tor und Tür öffne. Das Anzeigengeschäft werde in immer härterer Weise das Rückgrat des Zeitungsunternehmens. Nicht mehr die redaktionelle Leistung sei als Entgelt, das der Bezieher zahle, maßgebend, sondern die Einnahme aus dem Anzeigengeschäfte. Die Folge sei die zunehmende Abhängigkeit des redaktionellen Teiles vom Anzeigentel. Erwähnung müsse auch die Anstrengung gewisser maßgebender Verlegerkreise, den Einfluß der Redakteure auf die Zeitung zu beschneiden, finden.

Das wäre im wesentlichen die Begründung des Herrn Brauweiler für ein Anzeigenmonopol, das im vorigen Jahre schon Dr. C. Schärer in der „Sozialen Praxis“ mit häßlichen Anzeigengeldern forderte.

Betrachten wir diese Theorie auf ihre Ausführbarkeit, ihren finanziellen Erfolg und als idealen Fortschritt, so verkehrt sich das Bild. Es kommt bei der Betrachtung des Monopollvorschlages weniger der materielle Erfolg in Frage als vielmehr der Einfluß auf das geistige Leben des Volkes. Die Entwicklung des Zeitungswesens in den letzten Jahrzehnten hat erkennen lassen, daß erst die Anzeigen eine Zeitung ausmachen. Der durch

Wird durch das Monopol ein sozialer Fortschritt erzielt oder die etwa doch vorhandene Korruption der Presse beseitigt? Das ist sehr fraglich, wohl ganz ausgeschlossen. Chefredakteur Jung (Köln) führte in einer Berliner Versammlung der Reklamesachleute aus, daß die Monopolisierung der Inserate erst eine Korruption ermögliche, indem die Reklame — wie es in Frankreich der Fall ist — aus dem Inseratenteil in den redaktionellen Teil gedrängt werde. Je mehr Inserate eine Zeitung habe, um so unabhängiger sei sie. Mit einer gesunden finanziellen Grundlage wachse ihre Widerstandsfähigkeit im Kampfe gegen Mißstände im Innern, im Staat und namentlich gegen kommunalpolitische Mißstände. Er weist ferner darauf hin, daß die großen Tageszeitungen dann ganz zu Parteiblättern herabgedrückt werden. Das wäre schließlich nicht einmal so schlimm. Was aber nach unfer Ansicht mehr als bisher in die Erscheinung treten wird, das ist die immer mehr sich ausdehnende Kapitalisierung der Zeitungsunternehmungen durch politische oder wirtschaftliche Gruppen. Würde das einen ideellen, einen sozialen Fortschritt bedeuten? Mit dieser Kapitalisierung würde den kleinen Blättern vollends der Garaus gemacht werden, wenn nicht schon die Monopolisierung des Anzeigenwesens das ihre getan hätte.

Dr. Brauweiler will nun der Fachpresse Ausnahmen ausstellen; sie soll aber die Hälfte ihrer Inserateinnahme als Steuer abführen. Das hieße die Fachpresse vernichten. Es gibt ja einige Blätter, die eine enorme Inserateinnahme haben und schließlich noch bei Abführung der Hälfte der Einnahme genug verdienen, aber die weitaus größte Zahl der Fachzeitschriften, die für die meisten wirtschaftlichen, gewerblichen oder sozialen Körperchaften unerlässliche Bindeslieder sind, können sich nur durch ihren Anzeigenmarkt bezahlte machen. Hier würde das Monopol schwere wirtschaftliche Schäden bringen.

Weitaus schwerer wird aber, unser Beruf darunter leiden. Das ergibt sich aus dem schon Obigen. Unzählige kleine Tagesblätter und Fachzeitschriften würden an den Folgen des Anzeigenmonopols eingehen oder durch die einsetzende härtere Konkurrenz der sich haltenden oder subventionierten Großstadtpresse vernichtet werden. Die Druckereien, ihrer Haupteinnahme entböhrt, würden sich mehr dem Werk- und Abzugsdrucke zuwenden; starke Konkurrenz und Schleuderei sind dann die Folgen, die sich für die Lage der Gehilfenschaft fühlbar machen werden. Aber selbst für die Gehilfenschaft der Großstädte würde die Entfernung der Anzeigen aus den Tagesblättern schwere wirtschaftliche Nachteile bringen. Nehmen wir an, daß in

□ □ □ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □ □ □

(Schluß zu Nr. 17.)

Wenn noch anfangs Dezember der Groll durch den Wald der deutschen Gewerkschaftsblätter rauschte über die Nichtachtung, die einem Wunsche des Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, auf Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zufließt wurde, so mußte es ein Aufhorchen geben, daß sich die französischen Gewerkschaften zu Weihnachten in Paris auf einer Konferenz für einen internationalen Gewerkschaftskongress ausgesprochen haben. Die von der Zensur in der Presse stark beschnittenen Berichte lassen doch erkennen, daß die Gegenläufe, die auch dort bestehen, zu hartem Aufeinanderprallen Veranlassung gaben. In den Verhandlungen gab Leon Souhaur die wichtige Erklärung ab, daß die französischen Gewerkschaften bereit seien, auf einem internationalen Friedenskongress zu erscheinen, und wenn die deutschen Gewerkschaften durch Vermittlung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongress einberufen wollten, so seien die französischen Gewerkschaften bereit, der Einladung Folge zu leisten. Die gleiche Konferenz nahm nach den Worten des „Korr.“ schon bekannten bemerkenswerten Reflexionen von Keuser, dem Buchdruckerorganisator, der Frankreich usw. nicht mehr als Anstandsengel betrachtet, dann am Schluß eine Resolution an, die sich mit der Note Wilsons beschäftigt und schließlich sagt: „Wir verlangen von der französischen Regierung, daß sie die Note in günstigem Sinne beantwortet und gleichzeitig die Initiative ergreift, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen.“ Wie dieser Wunsch der praktischen Arbeiterpolitik beachtet wurde, kennen wir aus der Geschichte. Wir dürfen uns trotzdem der Tatsache freuen, daß vernünftige Männer einen Schritt zur Annäherung der Völker unternahmen. Leider liegt es ja so, daß das französische Gewerkschaftswesen gegenüber der parteipolitischen Bewegung ziemlich bedeutungslos ist. Immerhin wird auch dieser Wurf weitere Breche schlagen in der politischen Partei.

Die Streiks in den französischen Munitionsfabriken, mit denen während des Januar der Presse reichlich Gelegenheit geboten wurde, in falschen Nachrichten zu machen, haben Ende Januar einen etwas gewaltsamen Abbruch gefunden. Frankreich kann sich rühmen, für seinen Munitionsministerposten sogar einen Sozialisten zu haben. Dieser Albert Thomas war ehemals kändiger Mitarbeiter für das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission und auch sonst an der deutschen Arbeiterpresse als Mitarbeiter tätig. Damals betrieb er international den Untergang der kapitalistischen Welt, jetzt schwimmt er voran im nationalistischen Fahrwasser seines Landes. Daß ein Munitionsarbeiterstreik einen Munitionsministerposten bereit machen muß, kann ohne weiteres verstanden werden. Wie Lloyd George in England bei den Streiks am Ende nicht auf die Mittel sah, diese Ausstände zu beseitigen, sondern den Zweck so rasch als möglich erreichen wollte, worüber er kürzlich noch auf dem Kongress der britischen Arbeiterpartei gesprochen wurde, so mußte auch Thomas zu dem abgekürzten Verfahren greifen. Bei dem französischen Krupp — Schneider in Creuzot — waren es wohl zuletzt noch 1200 streikende Arbeiterinnen. Ihnen hat Thomas durch Maueranschlag verhandlungen lassen, sie würden mit militärischer Gewalt wieder zur Arbeit gebracht werden, wenn sie nicht selbst zurückkehren. Offiziell wurde jedoch erklärt, die Arbeiterinnen hätten „auf Bemühungen des Munitionsministers hin die Arbeit wieder aufgenommen“. Daß in Ländern (Frankreich und England), wo Beck und Schwefel täglich auf den „preußischen Militarismus“ herniedergehen, unbedenklich zu den

radikalfen Mitteln gegen streikende Arbeiter gegriffen wird, muß zum mindesten deswegen festgehalten werden, weil man sich dort immer furchtbar über den Sitten der „Barbaren“ dünkt; und zum andern, weil es in Deutschland Leute gibt, die fast unter allen Umständen beim Ausland immer die besseren Beispiele sehen. Die Ursache dieser für das Staatsinteresse gewiß bedenklichen Streiks der Munitionsarbeiter wurde vielfach in Nachschaffern der auf dem Kienhaler Programm stehenden sozialistischen Parteiposition gesucht. Das war jedoch falsch oder böswillig erfunden. Vielmehr handelte es sich um das ernste Problem der ausländischen Arbeiter. Belgier, Portugiesen, Amerikaner, Chinesen und andre außereuropäische Arbeitskräfte noch wurden in beträchtlichem Umfang eingestellt. Diese ausländischen Arbeiter kamen zum Teil aus England, wo sie wesentlich besser entlohnt wurden, auch kürzere Arbeitszeit hatten. Die französischen Munitionsarbeiter übertrugen den Unwillen über die lohnrückenden Praktiken ihrer Unternehmern auf die Auslandsarbeiter und speziell auf die Farbigen unter denselben. Verschiedenartigsten Fabriklösungen ein und entließen die Farbigen wieder. Die französische Regierung holt indes weiter chinesische Arbeiter herbei, wird sie aber wohl nicht mehr Munitionsfabriken zur Verwendung geben. Unter den wegen dieser Ausstände entlassenen Arbeitern ist sich die „Liberté“ besonders hervor, in der ein gewisser Lapapie die Kienhaler Internationalisten für die Streiks verantwortlich machte und der Regierung empfahl, die Ausständigen wie Deserteure zu behandeln, da die kommende Offensive geschwächt sein werde, wenn es an Munition fehle. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte es wirklich und tatsächlich fertig, dazu folgendes zu schreiben, nachdem sie zunächst von der „üblen Rolle“ gesprochen, die „nach ausländischem Muster einige Gewerkschaftsführer“ bei der Sache spielen:

Also Erschiebung der eigenen Klassenossen! Das ist die Forderung eines nationalistischen Gewerkschaftsführers. Anderwärts hat man sich unfres Erinnerens noch nicht ganz auf diese Höhe geschwungen, wenigstens offiziell nicht.

Die gewohnten Dreckschleudereien der „L. B.“ gegen die von ihr allzeit zum Erdreich geliebten Gewerkschaftsangehörigen und -führer, abwechselnd mit ungeschickten Ausfällen gegen ganze Berufsgruppen, haben sich hier zur Niedertracht gesteigert. Man mochte wohl etwas von einem Lapapie wissen, der in der französischen Metallarbeiterorganisation den Sekretärposten bekleidete und 1905 auf der Leipziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Gast weilte. Dieses Erinnern genügt ohne weiteres, diesen Lapapie zum Verfasser der Heftigkeit gegen die Streikenden zu machen und ohne Wimpernzucken die deutschen Gewerkschaftsführer auch einer Fülladempfehlung der eigenen Klassenossen an die Regierung für sühlig zu erklären. Wie gemeingefährlich leichtsinnig die „L. B.“ dabei verfahren ist, um ihrem Hass gegen die ihre radikalen Deklamationen und Machinations ablehnenden Gewerkschaftsführer zu frönen, wird zunächst gekennzeichnet durch den Umstand, daß der Metallarbeiterangehörige Lapapie seit sechs Jahren Direktor einer Grammophonplattenfabrik ist, also außerhalb der Arbeiterbewegung steht. Der „Liberté“-Lapapie ist jedoch Chefredakteur dieses Chauvinistenblattes und fanatischer Nationalist, mit dem Jaurès schon heftige Auseinandersetzungen hatte. Dieser Mensch hat der „L. B.“ erhalten müssen für ihre abscheuliche Verdächtigung gegen Arbeiter, die das Vertrauen der Mitglieder auf ihre Posten und zu verantwortungsbewußter Führung der gewerkschaftlichen Massen berufen hat. Der französische Munitionsarbeiterfreisatz hat somit auch für die deutschen Gewerkschaften etwas gebracht, nämlich Vermehrung der Erkenntnis, die politischen Minderheitsleute mit ihren Slinkgaben und Säuremitteln ja nicht über ihre Grenze kommen zu lassen.

Bonus.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Land ist eine der wichtigen Fragen, die der schwere Krieg mit elementarer Wucht in die Öffentlichkeit geworfen hat. Nicht als ob es eine ganz neue Frage wäre, deren Voraussetzungen erst durch den Krieg selbst erwachsen sind, nein; schon lange vor dem Krieg ist in führenden Kreisen der deutschen Konsumgenossenschaften grundsätzlich darauf hingearbeitet worden, den landwirtschaftlichen Erzeuger mit dem städtischen Verbraucher in direkte Geschäftsbeziehung zu bringen, und zum Teil haben auch die Konsumvereine einen sehr namhaften Bezug im direkten Verkehr mit der Landwirtschaft aufzuweisen. Insbesondere mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Denn darin liegt der Hauptwert einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land in dem angedeuteten Sinne, daß sie auf der Grundlage von Genossenschaftlicher Organisation geschaffen wird.

Dies der Öffentlichkeit und den maßgebenden Instanzen unfres gegenwärtigen „zwangsläufigen“ Wirtschaftslebens mit aller Deutlichkeit gesagt zu haben, ist das „Verdienst“ des Kriegs, der als Allererster aus dem greulichen Vernichtungswerte selbst wieder die Straße wachruft, ja wachrufen muß zum Aufbau — Wieder- und Neuaufbau. Unfre ganze Kriegswirtschaft gibt im allgemeinen ein Bild von der organisatorischen Anzulänglichlichkeit der in Betracht kommenden Faktoren, die in die Gruppen Erzeuger, Handel und Verbraucher zerfallen. Ganz unzulänglich würden die Ernährungsbedingungen des Volkes um ein beträchtliches geringer sein, wenn die genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen „hüben und drüben“, in Stadt und

Land, in größerem Umfang in Waren- und Geldverkehr gekannt hätten.

Die Ersaffung der landwirtschaftlichen Produktion beim Erzeuger selbst, wie sie Dr. August Müller, das Vorstandsmittglied im Kriegsernährungsamt, in einem kürzlich in Berlin gehaltenen Vortrag als unbedingte Voraussetzung einer richtigen Organisationspolitik für die „zwangsläufige“ Ernährungswirtschaft bezeichnete, hätte bei einer so bestanden genossenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land natürliche Grundlagen gehabt, auf denen der „zwangsläufige“ Bau ohne die riesengroßen Schwierigkeiten hätte errichtet werden können, die die Entwicklung untrer kriegswirtschaftlichen Zeit mit so frühen Taktchen kennzeichnen. So aber trat an Stelle des „freien Handels“ der Friedenszeit — ein Begriff, der der organisatorischen Arbeitsgemeinschaft fruchtbar widerläufig und in Millionen zersplitterter Einzelkräfte sich verliert — das bundesrätliche und staatliche Polizeireglement der „zwangsläufigen“ Wirtschaftsführung ohne jeden Anhaltspunkt über die frühere tatsächliche Leistung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den einzelnen Bezirken und die Möglichkeit ihrer Aufrechterhaltung.

Die Psychologie der deutschen Landwirtschaft muß von dem Vorstellungskomplex der ungenügenden Eigentumswirtschaft ausgehen, wenn sie zu einer Erklärung über die Fraktionen zwischen jener und der „zwangsläufigen“ Staats- oder Gemeindegewirtschaft kommen will. Bei einer genossenschaftlich begründeten, auf freier Vereinbarung beruhenden Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land würden die Fehlerquellen verflüchtigt sein, die die Grundlagen der organisatorischen Anzulänglichlichkeit unserer auf der Rationalisierung sich aufbauenden Ernährungswirtschaft bilden. Warum? Weil einerseits der staatliche Zwang der Leistung, andererseits die Möglichkeit der unkontrollierbaren Selbstversorgung, die jede gleichmäßige Rationalisierung unmöglich macht, wegfielen.

Die nicht nur kriegs- sondern allgemein volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer organisatorischen, genossenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land ist im Kriegsernährungsamt selbst schon vor der Übernahme des Präsidiums durch Herrn v. Batocki in ihrer vollen Bedeutung erkannt und gewürdigt worden. Denn die aus dem Reichsamt des Innern stammenden „Amtlichen Nachrichten für den Ernährungsdienst“ gaben eines Tages unter dem Stichworte „Krieg und Genossenschaftswesen“ folgendes bedeutsame Urteil über die Frage ab:

Ebenso wie der Geist der Organisation die Höhe der Erzeugung beherrscht, beherrscht er auch die Verteilung der Erzeugungsmengen. Auf sie wird jeder einzelne dem andern gleichgestellt. Kein Rang- oder Machtunterschied besteht, das Bedürfnis allein entscheidet, und die gleichmäßig organisierte Befriedigung aller Bedürfnisse bietet allein die Möglichkeiten, durchzuführen.

Auf diesem Wege haben sich die ländlichen und die Konsumgenossenschaften als wertvolle Hilfsmittel erwiesen, um die organisierte Verwaltung zur Durchführung zu bringen. Immer mehr hat sich auch dieses System als richtig und instand erwiesen, die Versorgungsnot und Versorgungs-schwierigkeiten zu beseitigen. Deshalb findet es auch in immer größerem Umfang Anwendung. Ganz im Gegenteile zu dem ersten Kriegsjahr, in dem die Versorgung durch Anpassung an die Bahnen des freien Handels versucht wurde, die Einschränkungen und Beschränkungen unterworfen wurden, bei denen aber die freie Bewegung vorherrschend blieb und als Folge Ungleichmäßigkeiten und Störungen in der Versorgung.

Die in der Kriegswirtschaft gemachten Erfahrungen werden daher für alle Zukunft als wertvolle Lehren dienen, auf denen sich eine gesunde Friedenswirtschaft aufbauen kann. Das Genossenschaftswesen wird in dieser Entwicklung eine führende und ausschlaggebende Rolle spielen und das Rückgrat sein, an das sich auch künftig wichtige Entwicklungslinien der Volkswirtschaft anzulehnen haben.

Das Urteil stimmt mit der schon im Frieden von den führenden Kreisen der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung grundsätzlich vertretenen Auffassung überein, aus der sich die genossenschaftlich organisierte Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land ergibt. Leider kann der Teil des angeführten Urteils nicht als zutreffend bezeichnet werden, in dem davon die Rede ist, daß das als richtig erkannte System der direkten Verbindung von ländlichen Erzeugern und städtischen Verbrauchern durch die Konsumgenossenschaften zum Zwecke der Volksernährung „in immer größerem Umfang Anwendung findet“. „Janz ist kongratre Selenteil“, sagt da der Berliner, denn richtiger ist die Beobachtung, daß zwar nicht die Reichs- und Staatsregierungen, wohl aber die Kommunalverbände als oberste Verteilungsorgane der „zwangsläufigen“ Wirtschaftsführung die Konsumvereine und ihre zentralen Wirtschaftsorganisationen möglichst in den Hintergrund zu schieben trachten. Die Ursachen dieser für die kriegswirtschaftlichen Erfahrungen recht betrüblichen Tatsache hier des näheren zu untersuchen, würde dem Schema ab- und zu weit führen. Es genügt, auf die sogenannte Mittelstandspolitik jeltger Friedenszeiten von Anno dazumal hinzuweisen, um die Wursel jener Ursachen bloßzulegen.

Daß im übrigen die genossenschaftsorganisatorischen Grundlagen für die volkswirtschaftlich und kulturell erstrebenswerte Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land vorhanden sind, bedarf kaum noch eines Nachweises. Die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung,

die auch während des schlimmen und langen Kriegs nicht stillgestanden hat und jetzt in 2500 Vereinen an die drei Millionen Familien mit mindestens zwölf Millionen Köpfen erfährt hat, wird in den Jahren nach dem Krieg in noch rascherem Tempo als leither die Mehrzahl der Verbraucher vereint und den einen Kontrahenten der Arbeitsgemeinschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit gestatten. Mit ihren lokalen und zentralen Warenlagern und gewerblichen Produktivbetrieben wird die deutsche Konsumvereinsbewegung nicht nur den genossenschaftlich organisierten riesigen direkten Abnehmerkreis für die Landwirtschaft bilden, sondern dieselbe wird im Wechsel ihrerseits auch Lieferant der Landwirtschaft auf wichtigen Gebieten der Warenversorgung sein, soweit die Landwirtschaft nicht als Selbstzeuger in Frage kommt.

Und dann die genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft: Bei einem heutigen Gesamtbestande von rund 36 000 deutschen Genossenschaften überhaupt, zählen die landwirtschaftlichen Genossenschaften aller Art rund 29 000 Vereine, wovon etwa 15 000 Darlehnskassenvereine, die andern Betriebs- und Absatzgenossenschaften sind, mit wech lehteren die Verbraucher-genossenschaften in erster Linie zu tun haben würden. Von welcher kapitalkräftiger Bedeutung aber die ländlichen Darlehnskassenvereine für die tiefenhaltigen Ausmaße einer auf genossenschaftlicher Gegenseitigkeit beruhenden wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land sein könnten, zeigt die Tatsache, daß dieselben in einem einzigen Jahr einen Geld- und Kreditverkehr von nahezu zehn Milliarden Mark aufweisen!

Im Zusammenhange mit der Entwicklungsfähigkeit der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung und nicht minder mit dem Zwange wirtschaftlicher Notwendigkeiten der Zeit nach dem Krieg ergeben sich hier also Ausblicke, die die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land in dem angedeuteten Sinn und Wesen zu einer Staatsnotwendigkeit ersten Ranges erheben. Ihre sittliche und damit kulturelle Wertung dürfte um nichts geringer sein als ihre allgemeine, d. h. volkswirtschaftliche Bedeutung. [1]

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Burg b. M. Unfre am 18. Dezember abgehaltene Generalversammlung, in welcher uns Gaworksteher König einen Bericht über die Reichszusammenkunft aller Gewerkschaftsrichtungen betreffend Hilfsdienstgesetz und über die letzte Gaworksteherkonferenz gab, hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Leider konnte in dieser Versammlung der Wichtigkeit der beiden Berichte und der beschränkten Zeit wegen die ganze Tagesordnung nicht erledigt werden. Der bisherige Vorstand wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Der Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Jahr wurde in der Versammlung am 3. Februar gegeben, die schlecht besucht war. Das Andenken von fünf im vergangenen Jahre gefallenen Kollegen wurde geehrt. Im ganzen sind vom Ortsvereine 133 Kollegen eingezogen und nur noch 32 Mitglieder vorhanden. Die Erhöhung der Steuerungsulagen wurde mit dem 1. Oktober vollständig zur Durchführung gebracht. Die Kollegen A. Baum und A. Giesch können auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Bei der Firma A. Kopper werden außer 13 Kriegsgefangenen noch 10 Arbeiterinnen beschäftigt. Weihnachten 1916 konnte der Ortsverein an 75 Kollegenfrauen und -hinder 754,75 Mk. auszahlen; im ganzen wurden bis jetzt aus der Ortskasse 1368 Mk. an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer verausgabt. Gleichzeitig wurde beschlossen, am 1. April 1917 wiederum eine Unterstiftung für die Kinder der eingezogenen Kollegen zur Auszahlung zu bringen. Um alle die Ausgaben decken zu können, mußte im Laufe des Jahres der Ortsvereinsbeitrag wieder um 20 Pf. erhöht werden.

Dresden. Am 22. Februar feiert der Buchdruckereibesitzer Friedrich Hermanns aus Schwefler sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Dem Jubilar, der seit Beendigung seiner Lehrzeit ein unentwegtes Verbandsmitglied geblieben ist, seien auch an dieser Stelle die besten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht.

Essen. Die am 4. Februar in Düsseldorf tagende Generalversammlung der Maschinenherververeinigung Rheinlands-Westfalens war von 75 Mitgliedern besucht. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Düsseldorf-Berliner Bezirksvorsitzenden Schippers und Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen ergänzte Vorsitzender Müller den gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 356 in Kombination, 295 befinden sich beim Militär. Der Vorsitzende brachte auch den Brief eines Feldgrauen zur Verlesung, der die Restanten bestens grüßen läßt und sich erbietet, sämtliche Reste gern zu bezahlen, falls einer der lieben Restanten seine seit zwei Jahren innegehabte Schützengrabensstellung übernehmen und ihn zur Heimarbeit ablösen wolle. Aufgenommen in die Vereinigung wurden sieben Kollegen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der amtierenden Kollegen. Der Vorsitzende hat seit einiger Zeit die Geschäfte für den lehterigen langjährigen Kassierer der Vereinigung und jetzigen Verbandsbezirkskassierer Sarns mit übernommen. Aber „Die Einwirkungen des Kriegs auf untre gewerblichen Verhältnisse“ referierte sodann Gaworksteher Albrecht. Einleitend schilderte Redner die erste Periode des Kriegs, wo alles darniederlag. Aber schon die ersten Anläufe vermehrter Nachfrage nach Arbeitskräften hätten die alten Lebtingswünsche auf Zulassung Berufsfremder und vor allem weiblicher Arbeits-

kräfte ausgeübt, um weniger die gewerblichen Schwierigkeiten zu beheben, als vielmehr das jahrelang verfolgte Ziel auf Erzielung der Maschine und das freie Spiel der Kräfte zu verwirklichen. Zur Erreichung dieses Zieles habe man es für angebracht gefunden, von den gewerblichen Verhältnissen und der Tarifgemeinschaft den Militär- und sonstigen Behörden ein Verbot zu geben. Unter Hinweis auf die zahlreichen Verordnungen habe damals das Tarifamt die unberechtigten Forderungen ablehnen können, bis schließlich die zunehmenden Einberufungen das Tarifamt veranlassen, die gewerblichen Schwierigkeiten durch Genehmigung der Ausnahmen zu beheben. Anerkennung müsse werden, daß das Tarifamt bemüht gewesen sei, beiden Parteien gerecht zu werden; es müßte auch die schwierige Stellung, die das Tarifamt als Vermittler zwischen beiden Parteien habe, gewürdigt werden. Der Grundsatz gleichen Lohnes sei bei den Ausnahmen hochgehalten worden. Blätter vom Schlage der „Leipziger Volkszeitung“ würden frohdorn auch in der Folgezeit die Buchdrucker als zünftlerisch usw. bezeichnen. Durch dieses Verhalten würden sie nur zu Schrittmachern der Scharfmacher unfres Gewerbes, denen der gewerbliche Frieden aus bitterer Verhaft sei. Redner streifte kurz das Hilfsdienstgesetz, dessen Wirkungen auf unser Gewerbe zur Zeit noch nicht zu übersehen wären. Jedenfalls dürften die Prinzipale, die die Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte nicht immer nur zur Behebung der gewerblichen Schwierigkeiten, sondern aus ganz andern Gründen propagieren und die zum Teil auch Gegner der gleichen Entlohnung seien, doch manches Begehrt zahlen und schließlich zu der gleichen Auffassung kommen, die ein hervorragender Prinzipal in der Tarifgemeinschaft bekundete: daß die niedrigentlohnenden Arbeitskräfte nicht immer die billigsten sind, sondern die Leistung ausschlaggebend sei. Eine gesunde Werbepolitik sei nur mit Unterstützung der Gehilfenschaft möglich. Redner erörterte dann noch eine Reihe von Fragen, die mit der Zulassung berufsfremder Kräfte zusammenhängen, gab einen Überblick über die bisher im Kreis II gewährten Ausnahmen, verwies auf die Pflichten, die das Gewerbe gegenüber den feldgrauen Kollegen habe, und ersuchte die Versammlung, die Schwierigkeiten zu würdigen, mit denen die Organisation zu kämpfen habe. Beifall und Disjunktion bewiesen dem Vortragenden, daß die Kollegen seinen Ausführungen zustimmen. Kollege Dehloff, der technische Berater unserer Vereinigung, machte Johann Mitteilungen über vorgekommene Störungen und deren Behebung an den Sebmashinen. Er wies ferner auf die durch die Kohlenknappheit hervorgerufene Verschlechterung des Gases und dadurch entstehende ersichtliche Luft in den Maschinenbereichen hin, die in Verbindung mit der vielfach verlangten langen Arbeitszeit unsere Gesundheit schädigen müßten. Die Kollegen hätten die Pflicht, nach Möglichkeit auf Abhilfe zu dringen.

Leipzig. In der am 26. Januar tagenden außerordentlichen Generalversammlung des Vereines Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergewerbeten gab Kollege Engelbrecht den üblichen Monatsbericht. Der Mitgliederstand betrug am Verammlungstage 2140, zum Militär einberufen 4661. Der im Alter von 73 Jahren verlorene Korrektor Wilhelm Viebold (früher in der Wiganischen Buchdruckerei tätig) hat durch letztwillige Verfügung dem Gewerke eine Summe von 10000 Mk. vermacht. Die Zinsen hiervon sollen alljährlich zu Weisnachten zur Unterstützung für würdige und bedürftige Invaliden Verwendung finden. Kollege Viebold, der im Vorjahre sein 50jähriges Verbandsgewerbetagsjubiläum feiern konnte, hat 2253 Beiträge an die Organisation entrichtet. Noch kurz vor seinem Ableben hat Viebold wiederholt mit Stolz und Bewunderung von seiner Berufsorganisation und ihren muttergütigen sozialen Einrichtungen gesprochen. Die Leipziger Kollegenchaft wird das Andenken dieses wackeren Mannes, der auch in ersten Reihen seinen Kollegen immer die Treue bewahrte, stets in Ehren halten! Auf Grund eines Zirkulars vom Verbandsvorstande sowie unter Berücksichtigung der einlässigen Äußerung der Gauvorsteher im Dezember erläuterte Kollege Engelbrecht die Maßnahmen der Tarif- und Verbandsorgane, die unter Einwirkung höherer Mächte getroffen wurden, bezüglich der Zulassung Angeleiteter zu dem Buchdruckerberufe. 23 Leipziger Firmen hätten Zulassung tariflicher Ausnahmen beim Tarifamte beantragt. Hierbei handelte es sich um Einstellung Angeleiteter wie folgt: 117 für den Handlab, 41 an die Sebmachine, 86 für den Druckerfaß und 28 für die Stereotypie und Galvano-plastik. In der nachfolgenden Diskussion wurde mehrfach die Befürchtung ausgesprochen, daß die Einstellung Angeleiteter zu einer Gefahr für die Kollegenchaft werden könne. Ein früherer Kriegsteilnehmer erklärte, er habe die Überzeugung, daß das Bestreben in gewissen Kreisen vorhanden sei, in dem Rücken unserer draußen kämpfenden Kollegen eine gewerbliche Reservearmee zu bilden. Man sei es den für die Verteidigung der heimlichen Güter ihr Leben in die Schanze schlagenden Kollegen schuldig, alles aufzubieten, um diese Gefahr abzuwenden. Vom Vorsitzenden wurde nochmals auf alle die Maßnahmen hingewiesen, welche nach Kriegsbeginn von den Tarif- und Verbandsinstanzen getroffen wurden, um das Eindringen Nichtberufsangehöriger nach Möglichkeit hintanzuhalten. Die lange Dauer des Kriegs habe es leider mit sich gebracht, daß wir genau wie die übrigen Gruppen der Arbeiterchaft den veränderten Zeitverhältnissen KonzeSSIONen zu machen gezwungen seien. Im Leipziger politischen Arbeiterblatte sei der Standpunkt der Buchdrucker betreffs ihrer Stellungnahme den Angeleiteten gegenüber sogar als Zustimmung bezeichnet worden. Dies gebe doch wohl zum Nachdenken Anlaß. Selbstverständlich müsse alles getan werden, damit durch die Einstellung Angeleiteter nicht alles drunter und drüber gehe. Bezüglich der be-

vorstehenden Urwahlen des Gauvorstandes und der Gauverwaltung wurde dann einstimmig beschlossen, in Anbetracht der Kriegslage von solchen abzulehnen und die amtierenden Personen auch ferner mit der Führung der Geschäfte des Gaus zu betrauen. Ferner beschloß die Versammlung, ebenfalls einstimmig, die wöchentliche Extrafeier von 50 Pf. vom März ab nicht mehr zu erbeben.

K. Regensburg. Die diesjährige Generalversammlung wurde am 3. Februar abgehalten. Der Vorsitzende erstattete einen umfassenden Bericht. Die tariflichen Verhältnisse am Orte sind gute, und die Feuerungsanlagen wurden überall gewährt. Der Mitgliedsbestand ist auf 98 Ende 1916 zurückgegangen. Die Kassenverhältnisse sind der Zeit gemäß annehmbar zu nennen. In Kriegsunterstützungen für die im Felde stehenden Kollegen und deren Angehörige gelangten bis jetzt 8374 Mk. zur Auszahlung. Der Vorsitzende bedauerte den schlechten Besuch und dankte allen, die ihn in der Geschäftsführung unterstützten; er hofft auch in diesem Jahr auf rege Unterstützung aller freien Kollegen. Nach ausführlicher Berichtserstattung aller Funktionäre wurde denselben der Dank von Seiten der Versammlung ausgesprochen. Nachdem noch Vornahme einiger Ersahwahlen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Karl Jakob II, Erich Krause, Karl Porrig, S. Rook und Max Wegewert (Berlin), Herbert Pieck (Dachau), Ernst Bauer (Danzig), Heinrich Steinberg (Dortmund), Albert Esser und Heinrich Koller (Euskirchen), Wilhelm Kreis und Wilhelm Ulrich (Kassel), Hermann Dulke (Wemg), Otto Ege und Karl Vogt (Pforzheim), Chr. Matig (Recklinghausen) und Max Bernhardt (Wittenberg). Damit haben bis jetzt 2967 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Noch ein pietätvoller Akt von einem feldgrauen Kollegen für einen feldgrauen Kollegen. Der brave Breslauer Kollege, der sich bei dem Vorliegenden in Breslau erkundigte, ob ein von ihm entdecktes Grab in Feinbesland das eines andern Breslauer Kollegen sei, um es schmücken und pflegen zu können, hat schon einen Vorgänger. Kollege Otto Höhne hatte in Nr. 24 Jahrgang 1916 über den gefallenen Berliner Kollegen Braach ein Feuilleton geschrieben. Nicht lange darauf hat ein in Frankfurt stehendes Mitglied den Kollegen Höhne um nähere Angaben. Auf Grund dieser Mitteilungen machte der antragende Kollege das Grab von Braach ausfindig und teilte dann Höhne mit, daß er für Schmückung des Grabhügels Sorge getragen habe. Auch diesem wackeren Kollegen sei diese schöne Handlungsweise hier ehrend vermerkt.

Nachahmenswerte Beispiele zur Vereinfachung des Durchhaltens. Die Firma Hinz-Fabrik in Berlin-Mariendorf hat von neuem eine Feuerungsanlage — die dritte bzw. vierte — bewilligt, und zwar den Gehern 10-Pf., den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen 5 Pf. pro Stunde.

Ein Prophet, der einmal recht befiel. Der in Nr. 18 veröffentlichte Abbruch der Zentralnauwaffenkasse i. L. für das dritte Quartal 1916 zeigt ein kleines Anwachen des Saldovorschlages. Der Zinsenrat hat das bewerkstelligt. Wenn auch von den 56 Teilnehmern an der außerordentlichen Generalversammlung der Zentralnauwaffenkasse zu Anfang Juli 1893 in Weimar nicht viel mehr als ein Drittel noch Lebewesen hat, das Leben in dieser Leidenszeit von der bittersten Seite kennen zu lernen, so möchte man ihr Erinnern doch wieder wachrufen an jene Tage. Bei den damaligen Beratungen über die Umwandlung der Zentralnauwaffenkasse prophezeie nämlich der Dresdener Gauvorsteher, Kollege Steinbrück, an Hand einer kleinen Kalkulation, die Liquidation werde so verlaufen, daß das Vermögen dieser Kasse um das Jahr 1916 auf etwa 300000 Mk. zurückgegangen sein und dann durch Zinsenüberschuß wieder etwas zunehmen wird. Die Abrechnung für das vierte Quartal wird diese Voraussage noch mehr bestätigen, an der für das dritte ergibt sich indes schon ihre Richtigkeit. Wenn man an seinem Auge die vielen falschen Prophezeiungen über den Weltkrieg vorüberlassen läßt, dann treibt es einen wohl, sich an erprobte Leute im Weisfagen zu wenden. Ob Freund Hermann Steinbrück im Vorausfagen für die nächste Zeit nach dem Kriege wohl ebenso sicher sein würde?

Ein Lehrling schwer verunglückt. Wie notwendig die öffentlichen Ermahnungen und Warnungstafeln der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft sind, mit denen wir uns voll zukommend in Nr. 18 befaßt haben, hat sich an einem neuen schweren Unfall erwiesen. In einer Neuhöllner Buchdruckerei wählte ein sechzehnjähriger Druckerlehrling entgegen dem strengen Verbote die Walzen während des Laufes der Maschine ab. Er kam in das Maschinengetriebe, der rechte Arm wurde völlig zermalm. Lakonisch heißt es in der Unfallnotiz: „Die Schuld trifft den Verunglückten“. Daran wird wohl nicht zu zweifeln sein, ob jedoch Belehrung und Anweisung über die für die Unfallverhütung gegebenen Möglichkeiten zur rechten Zeit erfolgt sind, wie es der Genossenschaftsvorstand so bedrückt fordert, das ist eine andere Frage. Möge der traurige Fall dieses jugendlichen Krüppels Verächter wie Betriebsleitungen eindringlich ermahnen, stets im Sinne jener Bekanntgaben und Belehrungen zu handeln.

Taugliche Seifenersahmittel für Druckerereien. Unser Ersuchen in Nr. 17 um Bezeichnung wirklich brauchbarer Ersahmittel für Seife hat zwei gleichzeitige Zuschriften aus Hamburg zur Folge gehabt, wofür hiermit bestens gedankt sei. Der eine, in einem großen Fabrikbetriebe beschäftigte Kollege schreibt, er hatte alle bisher aufgetakommenen Ergebnisse dieser Art ausprobiert und gefunden. Die Seifenlein seien sämtlich wertlos, ob parfümiert oder nicht. Das beste Ersahmittel wäre „Kritik“ von der Firma Senkel & Co. in Düsseldorf (siehe Inserat in Nr. 1). Dieser Seifenersatz komme in fester Form und als Pulver in den Handel. Die Eigenschaften und die Bestandteile wären die gleichen, die pulverisierte Form sei aber empfehlenswerter. Ihre Anwendung geschieht, indem man das Seifenpulver in eine leere Blechdose schüttet und deren Deckel feinstartig durchlöchert. Vor dem Gebrauche tropfe man ein wenig Öl auf einen Handballen. Bei der festen Form sei die Anreibung der Hände mit einem Quentchen Fettseife zu empfehlen. Das Ergebnis werde selbst bei den schmutzigsten Druckerhänden befriedigen. Die Erparnis an Fettseife betrage 90 Proz. Die Aufbewahrung müsse jedoch an einem trockenen Ort (Wen, Dampfheizung) erfolgen. Die Bestandteile bleiben dann besser gebunden, und die Verbrauchsdauer verlängere sich so um das Zweifache. „Kritik“ sei wiederholt im Hamburger Maschinenmeisterverein als das beste Seifenersahmittel empfohlen worden. — Der andre Hamburger Kollege gibt der K. A.-Seife von F. Wolff & Sohn in Karlsruhe den Vorzug. Als Schriftsetzer müsse er die Maschinen mit einer Art Seeröl schmieren, wobei die Hände ziemlich schmutzig werden. Da habe kein anderer Seifenersatz so gut gereinigt als genanntes Erzeugnis, das 20 Pf. pro Stück koste.

Bevorzugte Stellung von Eisenbahnwagen für die Beförderung von Zeitungspapier und Kohlen. Die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe gibt bekannt, daß in allen Fällen, wo den Verlegern von Tageszeitungen seitens ihrer Papierlieferanten mitgeteilt wird, sie könnten die benötigten Wagen zum Verkauf nicht erhalten, sich künftig ausschließlich an ihre Adresse zu wenden. Alle militärischen Dienststellen, die hierfür bisher in Anspruch genommen wurden, wenden sich nämlich zur Begutachtung erst an die Kriegswirtschaftsstelle, so daß nur noch Verzögerungen eintreten, wenn bei Ausbleiben der Papierzufuhr höhere Militärbehörden um Abhilfe angegangen werden. Die Kriegswirtschaftsstelle hat in gleicher Weise schon eingegriffen, wenn Zeitungsbetriebe durch Kohlenmangel in Schwierigkeiten geraten waren. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nur in wirklich dringenden Fällen die Kriegswirtschaftsstelle in Verbindung mit den militärischen Dienststellen zu helfen in der Lage ist. Auf einer Versammlung der niederrheinlich-westfälischen Zeitungsvorleger in Dortmund wurden die lebhaftesten Klagen über die schlechte Wagengestellung erhoben, jezt herrsche wirkliche Papiernot, verschiedene Zeitungsbetriebe hätten fast ausschließlich vor dem Stilllegen gestanden.

Professor Karl Bücher flehzt Jahre. Am 16. Februar hat dieser große Leipziger Gelehrte das flehztjährige Lebensjahr vollendet. In jungen Jahren selbst der Presse angehörend, hat Bücher ihr den Weg als Wissenschaftsbahn. In der „Kultur der Gegenwart“ ist von ihm eine grundlegende Darstellung des Zeitungswesens gegeben worden. Seine Vorlesungen an der Leipziger Universität über die Presse haben diese zu einem akademischen Lehrgegenstand erhoben, worin auch andre Hochschulen dem Beispiele Büchers gefolgt sind. Mit dem Institut für Zeitungskunde hat Bücher während des Kriegs einen schöpferischen Schritt unternommen, dem freilich erst in friedlicher Zeit Erfolge beschieden sein werden und hoffentlich noch recht lange die Kraft Büchers erhalten bleibt. Professor Bücher ist aber auch Autorität auf dem Gebiete des Buchhandels und des Buchgewerbes, überhaupt ein Nationalökonom allerersten Ranges.

Ehrgänge für einen Arbeiterdichter. Der Wiener Stadtrat hat eine jährliche Unterstützung von 1500 Kronen für den am 2. Dezember 1916 von einem schweren Blutsturz befallenen Schriftsteller Alfons Pechold in Wien beantragt. Der 35jährige, im Jahre 1914 mit dem Bauernfeldpreis für sein lyrisches Hauptwerk ausgezeichnete Pechold fing als Tagelöhner an, wurde Laufbursche, Fabrikarbeiter, Geschäftsdienstler und war zuletzt Pädler in einer Schokoladenfabrik.

Tarifverhandlungen mit günstigem Ausgang im Schneidergewerbe. Am 12. und 13. Februar haben in Berlin Tarifverhandlungen zwischen den drei Organisationen der Schneider und dem Arbeitgeberverbande der Herren- und Knabenkonfektion stattgefunden. Vom 1. April ab wird auf den Gehaltslohn ein Zuschlag von 35 Proz. gewährt, einschließlich der bisherigen Erhöhungen während des Kriegs. Die neuen Vereinbarungen, die in der „Gewerkschaftsrevue“ noch näher behandelt werden sollen, haben Gültigkeit bis ein Jahr nach Friedensschluß.

□ □ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die befestigte Adresse):
Im Gau Bayern I. der Gebr. August Fischer, geb. in München 1899, ausgl. in Schrobenhausen 1916; 2. der Drucker Konrad Selzer, geb. in Götting 1897, ausgl. das. 1915; waren noch nicht Mitglieder. — Jof. Seig in München, Holzstraße 24 I.

Verammlungskalender.

Stegen. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. März, nachmittags 7 Uhr, im Lokale des Herrn W. Langenbach in Stegen, Wilhelmstraße. Anträge bis 28. Februar an den Vorsitzenden.

Briefkasten.

A. G. aus B.: Aber Lebenszeichen nach langer Zeit erfreut. Gener Aufenthalt hoffentlich ohne Bedenken. Der eine in Russland, der andre in loco. — S. M. in C.: Groß Dank für Aberfindung. — G. A. in R.: Die nähere Angabe der Schule wird um so notwendiger sein, da ja der Leiter wechseln kann. — H. L.: Sie hatten jedenfalls von unserm Artikel in Nr. 19 noch keine Kenntnis. Es empfiehlt

sich nunmehr, einmal abzuwarten, wie sich die Aussichten dieser Sache gestalten. Wenn günstig, dann wird Ihr Wunsch schnell gebracht, andernfalls erledigt er sich. — Gläubig: 1. Als Notmaßnahme während des Kriegs ja nicht anzusehen; wie es später damit wird, ist eine von jenen Fragen, die nach dem Kriege zu dem großen Reinemachen gehören werden. 2. Der Zeitungsdruck schließlich am 24. September 1896 tarifliche Entlohnung für Setzerinnen. 3. Nach dem Bericht im „Sitzungsverlag“ über jene Versammlung kann man

sich aus Umdeutungen schon ziemlich feste Vorstellungen machen, wie Reismann-Grono da wieder auf einen großen Kreis von Zeitungs-Verlegern eingewirkt hat. — A. B. in C.: Wissen wir abliehen. D. K. in B.: Wir werden auch von Ihrer Meinungsbekundung in Bezug auf die Kenntnis geben. — E. M. in B.: G. B. in Gifu: 1,85 Mk. — Sch. in Kirchberg: 2,15 Mk. — F. Sch. in München: 2,45 Mk. — D. W. in R.: 2 Mk. — G. P. in Bochum: 4,10 Mk.

Schriftsetzer

(wissenschaftlich und orientalistisch) sowie Aufräumer gesucht. [94] Aug. Bries, Leipzig, Brüderrstraße 59.

Rößbergische Buchdruckerei in Leipzig

stelt jederzeit Schriftsetzer und Maschinenmeister (Saugapparat) ein. [95]

Maschinenmeister und Schriftsetzer

sucht zum baldigen Eintritt. Angebote mit Gehaltsforderung an [97] Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W 8, Mauerstraße 43/44.

Buchdruckmaschinenmeister

für Schnellpresse, perfekt im Illustrations- und Mattendruck, sowie einige [108] Akzidenzsetzer

Akzidenzsetzer

für leichteren Akzidenzsetz gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Angabe des frühesten [964] Eintrittstermins erbeten an

Aktiengesellschaft für Formularbedarf, Wünschendorf (Cister).

Maschinenmeister und Werksetzer

finden bei uns dauernde Stellung. Wir erbitten Angebote mit Gehaltsforderungen, [964] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtiger Maschinenmeister

für Illustrationsdruck gesucht. [87] Aug. Bries, Leipzig, Brüderrstr. 59.

Buchdruckmaschinenmeister

möglichst mit Rotary vertraut, sucht [100] Druckerei H. Demuth, Frankfurt a. M., Kronprinzenstr. 59.

ersten Monotypsetzer

einen hervorragenden, mit allen technischen Arbeiten jahrelang vertrauten Monotypsetzer, der eine große Anlage wirtschaftlich vorteilhaft und äußerst leistungsfähig zu leisten versteht. Die Stellung ist dauernd, Ausführl. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsanprüchen usw. an [96] Dskar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 B.

Zur Leitung meiner Druckerei

drei Schnellpressen, Setzmaschine, suche ich einen Sachmann, der praktisch mitarbeitet, in dauernde Stellung. [98] J. Thalheimer, Düsseldorf.

Schriftsetzer

für Akzidenz-, Tabellen- und Zeitungssatz sofort gesucht. [79] „Joppoler Zeitung“, Diffebad Joppol.

Tüchtiger Setzer

auch Kriegsbeschädigter, sofort gesucht. [70] Franz Weber, Berlin W 66, Mauerstraße 80.

Schriftsetzer

für einfachen Werkatz (allerbestes Manuskript) für sofort oder 14 Tage nach Engagement gesucht. [68] Hof- und Steindruckerei Dietrich & Bräuner, Weimar.

Zwei Setzer

für Werk- und Zeitungssatz sucht [102] Buchdruckerei August Preuß, Köthen i. M.

Werksetzer und Metzeure Katalogsetzer Akzidenzsetzer Typographsetzer

sucht sofort [67] Spamerische Buchdruckerei, Leipzig, Breitkopffstraße 7.

Militärfreie Setzer

für bessere Arbeiten sowie [801] Bunt- und Bilderdrucker in dauernde Stellung gesucht von Druckerereigesellschaft Barlung & Co., Hamburg 25.

Anzeigen- und Akzidenzsetzer

militärfrei, gesucht. [81] „Nordbayerische Zeitung“, Nürnberg.

Linotypsetzer

militärfrei, gesucht. [892] „Nordbayerische Zeitung“, Fürth i. B.

Typographsetzer

(A), 17-jährige Tätigkeit, sucht für 26. Februar Stellung. Offerten mit Lohnangabe an [107] St. Buchwald, Elsterben, Reichenstraße 29.

Maschinenmeister Akzidenzsetzer Werksetzer Typographsetzer

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [810]

Oscar Brandstetter

Leipzig.

Zum baldigen oder späteren Eintritt gesucht: erfahrener, sehr zuverlässiger [71]

Maschinenmeister

oder Schweizerdegen sowie mehrere

Handsetzer

in Dauerstellung. Bewerber, auch geeignete Kriegsbeschädigte, wollen Angebote richten an [74] Buchdruckerei Ed. Noeher, Darmstadt, Bleichstraße 24.

Wir suchen einen in Akzidenzdruck an Siegel-Druckpressen tüchtigen [974]

Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigter). [974] Karl Scheffler & Schüll, Düren (Rheinl.).

Maschinenmeister

für sofort in dauernde Stellung gesucht. [101] Sayn's Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29.

Rotationsmaschinenmeister

für 16 seitige Boglländer Bänderrotation, der stereotypieren kann und auch im Flachdruck Gutes leistet. [85]

Schweizerdegen

hofft im Satz und sauber an Schnellpresse und Siegel arbeiten, gesucht. Für beide Dauerstellung. Angebote an [85] J. & M. Lemming, Bocholt i. W.

Setzerstereotypen

tüchtig im Mattenthorrigieren, findet bei uns dauernde Stellung. Angebote mit Lohnforderungen erbeten. [965] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Galvanoplastikhilfsarbeiter

sucht [69] Schriftsetzer Klisch, Frankfurt a. M., Eiserne Hand 12.

Leipzig

Infolge des neuen Verhofes von Versammlungen, Vorträgen usw. muß der für Montag, den 19. Februar, von der Typographischen Vereinigung angelegte Bildervortrag über „Max Killingers Leben und Wirken“ bis auf weiteres verschoben werden. Der Vorstand.

Leipzig

Am 9. Februar entließ nach kurzem Leiden nach langjähriger gemeinsamer Tätigkeit in der „Vossischen Zeitung“ unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [92]

Wilhelm Bichel

im 83. Lebensjahre. [93] Sein kollegialer Sinn sichert ihm, dem Mitbegründer des Vereins Berliner Buchdrucker, bei uns allen ein dauerndes, ehrendes Gedenken.

Die Kollegen der „Vossischen Zeitung“, Müsteln & Co., Berlin.

Am 12. Februar verschied unser lieber Kollege, der Setzer [90]

Erich Dobler

aus Dresden, im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Zittau.

Am 5. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unser liebes Mitglied, der Maschinenmeister [89]

Kurt Mauerhoff

im Alter von 40 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenmeisterverein Halle a. S.

Gänzlich unerwartet verschied Mittwoch, den 14. Februar, morgens 2 Uhr, nach kurzer Krankheit unser werter Kollege, der Senior unseres Ortsvereins [103]

Wilhelm Ringelstiep

im Alter von 73 Jahren. Der liebe Verlorene gehörte 48 Jahre ununterbrochen unserer Organisation an und bekundete für diese stets das lebhafteste Interesse. Ein treuer Pflichterfüllung widmete er sich den ihm in früheren Jahren übertragenen Vorstandsaufgaben. Seit 17 Jahren Invalide, lebte er ohne familiären Anhang einsam dahin, und einfach schied er als Opfer der Kriegsnöte aus unsrer Mitte. Sein ehrliebender Charakter und sein lebenswürdiges Wesen sichern ihm ein dauerndes Andenken. Er ruhe in Frieden! [103] Bochum, den 15. Februar 1917. Der Bezirksvorstand.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs beklagen wir den Verlust unseres lieben Mitgliebes [104]

Georg Wöhrle

aus Rindlach bei Ellwangen. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Rindlingen.

Nach schwerer Erkrankung verschied im Feld unser lieber junger Sehethollege, der Soldat [105]

Henry Kleinschmidt

Es war ihm nicht vergönnt, als Gehilfe in unsrer Mitte zu stehen. Die Kollegen von C. Heinrichs Druckerei, Dresden-21.

Unser liebes Mitglied, der Setzer [106] aus Kassel, wurde uns als weiteres Kriegsopfer entziffen. Wir werden seiner ehrend gedenken. Bezirksverein Kassel, Kassel, „Typographia“.

Ein weiteres Opfer des Weltkriegs wurde durch einen Unglücksfall unser lieber Kollege, der Kanonier [91]

Georg Bartmann

aus Randschuf, zuletzt in Greiffenberg i. Schl. konditionierend. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Kirchberg i. Schl.

In einem Münchener Lazarett verstarb am 11. Februar an den Folgen einer sich im Felde zugezogenen schweren Krankheit unser lieber Kollege [92]

Martin Wiesböck

Pionier. Wir werden dem edlen Charakter ein gutes Andenken bewahren. Die Maschinensetzervereinigung für Oberbayern (Sitz München).